

## Für Hochwasserschutz-Konferenz und Energiewende

Der Sommer 2010 hat es wieder einmal gezeigt. Brandenburg braucht einen gezielteren und vorbeugenden Hochwasserschutz. Auch in Brandenburg brauchen wir beispielsweise mehr Flächen, die als natürliche Auffangbecken für Wasser fungieren können. Das hat DIE LINKE auch jetzt wieder betont. Da hätte in Brandenburg in der Vergangenheit mehr passieren können. Beim Hochwasserschutz ist aber nicht nur das Land, sondern auch der Bund gefordert. Anita Tack, Umweltministerin, hat auf der letzten Umweltministerkonferenz

vorgeschlagen, eine Nationale Hochwasserkonferenz zu schaffen. Das ist ein guter Vorschlag. Es geht dabei darum, bundesweit den Datenaustausch und das Meldesystem weiter zu verbessern wie auch die gegenseitige Unterstützung bei Hochwassern. Mehr Augenmerk benötigt der vorbeugende Hochwasserschutz. Flüsse brauchen mehr Raum und keine Staustufen. Bei den jetzt anstehenden Arbeiten an Spree und Neiße muss der Bund sich auch finanziell engagieren. Das liegt im Interesse des ganzen Landes.

### Diana im Gespräch

**Senioren, Kinder, Jugend, Familie sind Schwerpunkte. Das wurde von Gerhard Schröder mal „Gedöns“ genannt, ist aber viel wichtiger geworden, oder?**

Diana Golze: Ja und das hat mit dem großen Umbruch in der Zusammensetzung der Bevölkerung zu tun. Eine große Chance sehe ich darin, die Jugend vorzubereiten, gut auszubilden und zu qualifizieren, um so zum Beispiel dem Fachkräftemangel zu begegnen. Dann brauchen wir keine Altenpfleger aus Korea, wie jüngst zu lesen war. Auf der anderen Seite müssen wir dafür sorgen, dass Senioren länger am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Denn bald wird mehr als die Hälfte aller Deutschen 60 Jahre und älter sein. Gerade im ländlichen Raum ist es wichtig, dass Sparkassen, Ärzte und Einkaufsmöglichkeiten erreichbar bleiben.

**Was haben Sie zu den Themen seit der Wahl getan?**

Diana Golze: Ganz wichtig war die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes im Februar zu den Hartz-IV-Regelsätzen. Wir wissen nun, dass unsere Kritik als LINKE berechtigt war. Der Bedarf ist vor allem bei Kindern nicht verfassungsgemäß berechnet worden. Bis Jahresende muss eine Neuregelung her. Deshalb haben wir Expertengespräche unter anderem mit Wohlfahrtsverbänden zur Neuberechnung der Regelsätze geführt, damit wir überprüfen können, ob sich die Bundesregierung an die Vorgaben der Verfassungsrichter hält. Ein anderes Thema ist das Jugendarbeitsschutzgesetz, das am 9. August 50 Jahre alt wird. Die Bundesregierung will den Jugendschutz schwächen, indem sie zum Beispiel Azubis in der Gastronomie länger arbeiten lassen und das Schutzalter heruntersetzen will. Doch wenn wir die Schutzklauseln abbauen, sind unsere Jugendlichen auch nicht besser qualifiziert, sollen aber bis zu ihrem 67. Lebensjahr arbeiten.

#### Diana Golze

Fraktion DIE LINKE. im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Fon: 030 / 22 77 23 29  
Fax: 030 / 22 77 63 29  
E-Mail: [diana.golze@bundestag.de](mailto:diana.golze@bundestag.de)

#### Wahlkreisbüro

Märkischer Platz 2, 14712 Rathenow  
Fon: 0 33 85 / 49 45 21  
Fax: 0 33 85 / 49 45 22

Meine weiteren Bürgerbüros  
finden Sie unter: [www.diana-golze.de](http://www.diana-golze.de)

# Newsletter 9

September 2010, Nr.

von Diana Golze zu bundes-, landes- und kommunalpolitischen Themen



Liebe Leserinnen und Leser,

die Urlaubszeit ist zu Ende, statt Sommerlochthemen bestimmen zunehmend wieder wichtige Debatten das Tagesgeschehen. Die Rente ab 67, die Lohnsubventionen auf Kosten der Steuerzahler und die Diskussion um Gutscheine für Kinder von Hartz-IV-Beziehenden sind Themen, die gegenwärtig die politische Agenda bestimmen. LINKE und Gewerkschaften kündigen deshalb nicht ohne Grund einen „heißen Herbst“ an – unabhängig von der Wetterlage! Je mehr Menschen sich in diese Aktionen einbringen, umso mehr Erfolg werden wir dabei haben, soziale Ungerechtigkeiten zu verhindern!

**BÜRGER  
VERSICHERUNG**

**MINDEST  
LOHN**

**MILLIONÄR  
STEUER**

Viel Spaß beim Lesen!  
Diana Golze

### Spruch des Monats

Ein Beitrag zur DDR ist keine Ostalgie, sondern ein Stück Freiheit, das wir uns im Umgang mit unserer eigenen Geschichte genehmigen, einer Geschichte, die auch zu diesem vereinigten Deutschland gehört.

### TERMINE

**14. September 2010,**  
Aktion „letztes Hemd“  
9.30 Uhr Berlin Bundestag

**17. bis 18. September 2010,**  
Konferenz „global, gerecht,  
gesund“

**18. September 2010,**  
Anti-Atom-Proteste, Berlin  
ab 13 Uhr Hauptbahnhof

**18. September 2010,**  
Programmdebatte - **Regionalkonferenz 1**, Landesverbände Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Berlin und Schleswig-Holstein in Rostock Stadthalle  
11 bis 18 Uhr

**24. bis 26. September 2010,**  
**7. Behindertenpolitische Konferenz**, Rothenburg (Sachsen)

**25. September 2010,**  
Symposium „Pflege“  
Veranstaltung der BAG Gesundheit und Soziales, Hannover

**29. September 2010,**  
Bankenaktionstag!

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

## Sozialverbände mobilisieren gegen die Rente erst ab 67 Jahren

Der Sozialverband Deutschland hat die Mitglieder des Bundestages in einem offenen Brief aufgefordert, die Altersarmut zu bekämpfen. DIE LINKE ist gegen die Rente erst ab 67. Die Ankündigung der Regierung, eine Kommission gegen Altersarmut einzusetzen, zeigt wieder einmal ihre Hilflosigkeit. Regierungskommissionen werden gebildet, wenn man Probleme nicht lösen will.

Die gesetzliche Rentenversicherung muss den Lebensstandard sichern und vor Altersarmut schützen. „Gute Arbeit – gute Löhne – gute Rente“ lautet der rentenpolitische Dreiklang der Partei DIE LINKE. Die LINKE stimmt dem Sozialverband ausdrücklich zu, wenn er feststellt, dass eine solidarische Alterssicherungspolitik sowohl über den Arbeitsmarkt als auch über die gesetzliche Rentenversicherung gestaltet werden muss. Der zunehmende Verlust des einmal Erreichten und die wachsende Armut im Alter sind Folgen einer falschen Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik. Gute Arbeit und gute Löhne führen nur dann zu einer guten

Rente, wenn die gesetzliche Rentenversicherung endlich wieder so gestaltet wird, dass sie vor sozialem Abstieg ebenso wie vor Armut schützt. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE muss die falsche, weil sozialen Abstieg und Altersarmut befördernde, Rentenpolitik der vergangenen zehn Jahre rückgängig gemacht werden. Das ist für eine gute Rente notwendig, aber nicht hinreichend. Langfristig muss die gesetzliche Rentenversicherung zu einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung ausgebaut werden. Ob nun bereits heute Versicherungspflichtige, Selbständige oder Beamte – alle Erwerbstätigen sollen in die Erwerbstätigenversicherung einbezogen werden. DIE LINKE will im Rahmen ihres Konzepts das solidarische Moment in der Alterssicherung stärken, die Einnahmeseite ausbauen und zugleich die Kosten für die Versicherten absenken. Im nächsten Jahr werden wir das Konzept aus der vergangenen Legislaturperiode (Drs. 16/6440) aktualisiert in den Bundestag einbringen.

## Kinderregelsatz anheben statt Bildungscard

Die Aussage des Bundesverfassungsgerichtes war eindeutig: Der Kinderregelsatz beim Bezug von Hartz IV muss angehoben werden. Ministerin von der Leyen will dies umgehen und lieber eine Bildungscard oder Gutscheine. Das ist der falsche Weg. Der gebührenfreie Zugang zu Kultur- und Freizeitangeboten muss gerade für Kinder aus einkommensschwachen Familien gewährleistet sein. Darum unterstützt DIE LINKE die vom Paritätischen Gesamtverband vorgestellten Forderungen.

Ich unterstütze den Vorschlag, den Ausbau einer kindgerechten kommunalen Infrastruktur über eine Ausweitung der Leis-

tungen der Kinder- und Jugendhilfe im SGB VIII zu fördern. Dies muss jedoch zusätzlich erfolgen und kann nicht der Ersatz für die individuelle Existenzabsicherung von Kindern sein. Das Spielchen von Ministerin von der Leyen ist allzu durchsichtig. Mit ihrer Bildungscard versucht sie vergessen zu machen, dass der Kinderregelsatz eigenständig definiert und deutlich angehoben werden muss. Dies ist eine zwingende Konsequenz aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Die finanzielle Absicherung des Existenzminimums von Kindern muss selbstverständlich an die Eltern ausbezahlt werden.



Spendenübergabe von 250 Euro an die Kita „Spiel mit“ in Jüterbog um ein Sonnensegel für den Spielplatz zu kaufen.

## Regierung enteignet Mehrheit der Bevölkerung

Der Haushaltsentwurf hätte auch von Herrn Sarrazin stammen können. Herr Schäuble und Frau Merkel setzen ohne große Worte um, was der Populist Sarrazin über die Bild-Zeitung diktiert. Die Abschaffung des Elterngeldes für Arbeitslose ist eine klare Ansage: Kinder aus armen Familien sollen erst gar nicht auf die

Welt kommen. So stellt sich die Bundesregierung die Beseitigung der Kinderarmut vor. Die Krisenkosten sollen arbeitslose Schwangere zahlen. Ihnen wird das Einkommen um bis zu 32 Prozent gekürzt. DIE LINKE wird in den Haushaltsberatungen die Rücknahme dieser unverschämten Kürzung fordern.

## DIE LINKE kritisiert staatliche Subvention der Prekarisierung

Die Zahl der Menschen, die trotz Arbeit in Armut leben, ist hierzulande von 950.000 im Jahr 2005 auf 1,35 Millionen im Jahr 2009 gestiegen. Auch die Kosten für Hartz-IV-Aufstocker sind explodiert: von zunächst acht Milliarden Euro auf mehr als 11 Milliarden

Euro pro Jahr. Faktisch haben die Steuerzahler Unternehmen, die miese Löhne zahlen, mit insgesamt 50 Milliarden Euro subventioniert. Die Bundesregierung blockiert seit Jahren den gesetzlichen Mindestlohn und verschwendet das Geld des Steuerzahlers.

### Kurzmeldungen

Die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Bundestag haben auf ihrer Herbstklausur in Bad Saarow den Fahrplan für die kommenden Monate abgesteckt:

DIE LINKE wird daran mitwirken, den Atom-Deal durch das Verfassungsgericht zu verhindern, und unterstützt den Widerstand gegen Stuttgart 21. Die Fraktion wird Gesetzesinitiativen einbringen, durch die Stadt-

werke gegenüber den vier großen Energiekonzernen gestärkt werden.

DIE LINKE fordert die sofortige Einberufung eines Arbeitsmarktgipfels durch die Kanzlerin. Beschäftigte müssen nachhaltig am Aufschwung beteiligt werden. Lesen sie auf meiner Internetseite alle Beschlüsse, unter anderem auch zur Gesundheits-, Renten-, Integrations- und Ostdeutschlandpolitik.